







Außerdem bittet sie den Ausschuss Kunst und Kultur, Frau Dr. Ruth zum Kley, Kölner Künstler Theater, Herrn Dr. Georg Seidel, Freies Werkstatt Theater, Frau Silke Rübiger, IFFF Dortmund | Köln und Frau Margot Schmidt-Reichart, filmsociety e.V. für die heutigen Schwerpunktthemen „Theater 2013“ und „Film“ das Rederecht zu erteilen.

Abschließend weist sie darauf hin, dass sich der Quartalsbericht zum II. Quartal in der finalen, verwaltungsinternen Abstimmung befinde und deshalb zur heutigen Sitzung nicht vorgelegt werden könne. Sie kündigt an, den fertigen Bericht als **Anlage** der Niederschrift beizufügen.

Der Ausschuss ist damit einverstanden, nimmt die Änderungen zur Tagesordnung zur Kenntnis, stimmt zu und beschließt folgende

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

#### **2 Schwerpunktthemen**

2.1 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss  
hier: Theater 2013  
2646/2013

2.2 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss  
hier: Film  
2795/2013

#### **3 Kulturbauten**

#### **4 Beantwortungen von Anfragen aus früheren Sitzungen**

4.1 Beantwortung der Anfragen von Herrn Dr. Heinemann und RM Jung in der Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur am 28.05.2013 (TOP 11.3) betr. Regelmäßige Unterrichtung über die Führung der Denkmalliste 01.01. - 31.12.2012, 1477/2013  
2066/2013

4.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der sachkundigen Einwohnerin Frau Friedlaender betreffend "Stiftung Stadtgedächtnis"  
2794/2013

4.3 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Zukunft des BBK (AN/0860/2013) sowie mündliche Nachfrage von Frau Brunn aus der 6. Sondersitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur am 12.07.2013  
2332/2013

4.4 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 01.07.2013 betreffend "Einrichtung eines Produktionszentrums für Freies Theater", AN/0810/2013  
2835/2013

4.5 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke betr. "Neuausrichtung der Bühne der Kulturen als Spiel- und Produktionsstätte für Tanz und Theater" 2699/2013

4.6 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Clouth Künstler" 2065/2013

## **5 Schriftliche Anfragen**

5.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Konsequenzen aus der Zwischennutzung des Gebäudes Eifelwall durch das Autonome Zentrum für die Neubauplanungen des Historischen Archivs"  
AN/1029/2013

Beantwortung der Verwaltung  
3084/2013

5.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Hintergründe der ungeplanten Vollschließung des Museum Ludwig"  
AN/1031/2013

## **6 Schriftliche Anträge**

## **7 Allgemeine Vorlagen**

7.1 Mehrstellen Historisches Archiv  
2798/2013

7.2 Fortführung "Win-Win für Köln" mit Verlängerung von 2 befristeten Stellen und Baubeschluss für die Sanierung des Rheinparkcafés  
2843/2013

7.3 Haushaltsplan 2013/2014  
hier: Festlegung der Zweckbestimmung von 40.000 € für interkulturelle Kunstprojekte; Hj 2013  
2791/2013

## **8 Sonderausstellungen**

8.1 Genehmigung der fortgeschriebenen Mittelverwendung für Sonderausstellungen im Museum Ludwig aufgrund Planfortschreibungen über 10 %  
2017/2013

8.2 Sonderausstellung "Oscar Tuazon" vom 22. Februar 2014 bis 06. Juli 2014 im Museum Ludwig  
2804/2013

8.3 Sonderausstellung "Pierre Huyghe Retrospektive" vom 11. April bis 13. Juli 2014 im Museum Ludwig  
2865/2013

## **9 Annahme von Schenkungen**

9.1 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Museum Ludwig  
hier: Spende in Höhe von 26.000,00 € zur Verwendung für den "Langen Donnerstag" in 2014 im Museum Ludwig  
2749/2013

## **10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

## **11 Mitteilungen der Verwaltung**

11.1 Bewachung der archäologischen Grabung auf dem Rathausplatz  
2225/2013

11.2 Temporäre Reduzierung des Eintritts aufgrund Umbauarbeiten im Museum Ludwig  
2408/2013

11.3 Kooperation der Universität zu Köln mit der Kölner Museumsbibliothek  
2952/2013

11.4 Befristeter Auszug der Stadteilbibliothek Haus Balchem  
2888/2013

11.5 Interkulturelles Maßnahmenprogramm (4241/2012) - weiteres Verfahren  
2907/2013

11.6 Schließung des Museums Ludwig ab 03.09.2013 bis 09.10.2013  
3021/2013

## **12 Mündliche Anfragen**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 13 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 14 Schwerpunktthemen**
- 15 Schriftliche Anfragen**
- 16 Schriftliche Anträge**
- 17 Allgemeine Vorlagen**
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 19 Mitteilungen der Verwaltung**
  - 19.1 Städtebauförderungsmaßnahme KinderKulturHaus, Vondelstraße 4-8, 50667 Köln  
2855/2013
  - 19.2 Neueinstellung von Studentischen Hilfskräften für Samstagdienste der Stadtteilbibliotheken  
2884/2013
- 20 Mündliche Anfragen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

### **2 Schwerpunktthemen**

#### **2.1 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss hier: Theater 2013 2646/2013**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister begrüßt, dass das Kinder- und Jugendtheater schwerpunktmäßig in dem vorliegenden Bericht hervorgehoben worden sei.

Herr Dr. Gellner bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion für den positiven Bericht.

RM von Bülow schließt sich dem im Namen ihrer Fraktion an und fragt woran es liege, dass mit Ausnahme der Comedia die freien Kölner Kinder- und Jugendtheater kaum Chancen haben in NRW-bezogene Förderstrukturen oder Festivalprogramme aufgenommen zu werden und was man dagegen tun könne.

Frau Reinhardt dankt im Namen der CDU-Fraktion den Autoren des aufschlussreichen Berichts. Sie regt an, dass die Kulturdezernentin das Kulturamt stärker einbinde, damit Fördermittel im Bereich Kinder- und Jugendtheater künftig flexibler fließen.

Herr Dr. Seidel erläutert, dass bezüglich der Fördermittel für Projekte im ersten Halbjahr die Problematik darin bestehe, dass der Haushalt erst spät im Jahr verabschiedet werde. Er bittet darum zu überlegen, wie man diese Situation verbessern könne. Zur Förderung von Kinder- und Jugendtheatern weist er unter anderem darauf hin, dass Projekte oft unter prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen der beteiligten Künstler zu Stande kommen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Bericht.

Frau Dr. zum Kley ergänzt, dass die Kölner Theaterszene in der Vergangenheit auf Landesebene nicht so gut vertreten gewesen sei. Sie hofft in diesem Zusammenhang auf die Unterstützung und Rückendeckung der neuen Kulturdezernentin.

Frau Ruiten unterstützt Herrn Dr. Seidel betreffend seiner Aussage zu den prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen der Künstler und fügt hinzu, dass man bei der Förderung darauf achten sollte, welche Personalkosten anfallen und ob diese realistisch seien.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister geht davon aus, dass der Theaterbeirat dies berücksichtige. Vielleicht müsse die Verwaltung dies stärker beachten.

Herr Dr. Seidel berichtet, dass immer mehr Künstler in eine Art Selbstständigkeit gebracht werden. Dies sei nicht unbedingt begrüßenswert. Er weist darauf hin, dass das Freie Werkstatt Theater bisher daran festgehalten habe, sozialversicherungspflichtige Schauspieler zu beschäftigen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister merkt an, dass diese Problematik auf kommunaler Ebene nicht gelöst werden könne.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **2.2 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss hier: Film 2795/2013**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet um eine Einschätzung zum Thema Jugendprogramm im Bereich Film und fügt hinzu, dass ihr bekannt sei, dass das Kölner Kinderfilmfest CinePänz ein eigenes Programm gestaltet habe, das nun aufgegeben werden müsse. Außerdem möchte sie wissen, welche Unterstützung man sich seitens der Verwaltung wünsche, insbesondere bezogen auf die Verschränkung der Maßnahmen des Kulturamtes mit denen der Medien- bzw. Kreativ- und Wirtschaftsförderung.

RM Dr. Elster verweist auf die Aussage in der Mitteilung, dass die Beantragungen und Förderabrechnungen immer aufwendiger werden und mit der filmkulturellen Arbeitsrealität oft nicht mehr zu vereinbaren seien. Er fragt, was dies im Einzelnen bedeute und bittet auch die Fachverwaltung um eine Einschätzung der Situation.

RM von Bülow bezieht ihre Frage auf das neu ausgeschriebene Filmhaus und möchte wissen, ob hierbei der gewünschte Ort berücksichtigt worden sei.

RM Zimmermann fragt in diesem Zusammenhang nach dem Einfluss der freien Filmkulturszene bezüglich des allgemeinen Ausschreibungstextes. Betreffend der festivaltauglichen Spielstätten möchte er wissen, ob man hier bestimmte Ideen habe, welche Orte hierfür in Frage kämen.

Frau Schmidt Reichart berichtet, dass man im Jugendfilmbereich aus personellen und finanziellen Gründen einige Sachen eingestellt habe. Wie in allen anderen Bereichen fehle auch hier die Planungssicherheit.

Frau Rübiger verweist auf die Darstellung in der Mitteilung zum Thema Filmbildung und ergänzt, dass man beim FrauenFilmfestival eng mit CinePänz zusammenarbeite. Betreffend der Förderabrechnungen erklärt sie, dass die Problematik eher mit dem Prüfverfahren der Bezirksregierung zu tun habe und weniger mit der städtischen Kulturverwaltung. Man habe eine Beratung für die Abrechnungsfälle angeleiert, einen Fragekatalog vorgelegt und werde eine entsprechende Schulung durchführen. Zum Filmhaus erläutert sie, dass sich „KinoAktiv“ zurückhaltend zeigen werde und man nicht wisse, was auf einen zukomme. Sie fügt hinzu, dass das Filmhaus keinesfalls festivaltauglich sei. Eine festivaltaugliche Spielstätte müsse mindestens zwei Leinwände, weitere Räumlichkeiten und ein Foyer vorweisen.

Frau Schmidt Reichart befürchtet, dass es schwer sein werde anhand der Beschreibung der Ausschreibung einen Betreiber für das Filmhaus zu finden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister erkundigt sich bei Verwaltung nach dem Sachstand bezüglich des Filmhauses.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach berichtet, dass sie mit der Dezernentin für Wirtschaft und Liegenschaften, Berg, dieses Thema intensiv besprechen wolle. Hierbei werde man klären, wie eine Verzahnung der Maßnahmen des Kulturamtes mit denen der Medien- bzw. Kreativ- und Wirtschaftsförderung weiterhin möglich sei. Sie macht auf die Kulturausschusssitzung des Städtetages am 9. Oktober 2013 aufmerksam, an der der Staatssekretär des Landes NRW teilnehme und wo man unter anderem auf diese Thematik hinweisen könne. Dies gelte neben dem Film auch für das andere heutige Schwerpunktthema Theater.

Bezüglich des Filmhauses sagt sie zu, in der nächsten Sitzung dezidiert darauf einzugehen.

Frau Foerster vom Kulturstadtrat teilt mit, dass die Ausschreibung zum Filmhaus noch nicht mit der Bezirksregierung ausverhandelt sei. Außerdem berichtet sie über den Förderumfang im Bereich Filmkultur.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Ausführungen und Erläuterungen und wünscht für die Zukunft viel Erfolg

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

### **3 Kulturbauten**

### **4 Beantwortungen von Anfragen aus früheren Sitzungen**

#### **4.1 Beantwortung der Anfragen von Herrn Dr. Heinemann und RM Jung in der Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur am 28.05.2013 (TOP 11.3) betr. Regelmäßige Unterrichtung über die Führung der Denkmalliste 01.01. - 31.12.2012, 1477/2013 2066/2013**

Herr Dr. Heinemann zeigt sich unzufrieden mit dem Ergebnis der Beantwortung, räumt allerdings ein, dass dies sicher mit der finanziellen Situation der Stadt Köln zu tun habe.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

#### **4.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der sachkundigen Einwohnerin Frau Friedlaender betreffend "Stiftung Stadtgedächtnis" 2794/2013**

Frau Friedlaender möchte wissen, ob es nach dem Ausscheiden von Herrn Dr. Helbach seitens des Erzbistums ein Nachfolger benannt worden sei. Außerdem bittet sie um einen Bericht bezüglich der Finanzen.

Herr Dr. Lafaire erläutert, dass die katholische Kirche eine eigene Stiftung für ihr eigenes Archiv gründen wolle. Dies sei der Grund für den Ausstieg von Herrn Dr. Helbach gewesen. Eine entsprechende Nachfolge sei momentan nicht geplant. Allerdings gebe es jedoch nach wie vor eine enge Zusammenarbeit.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, bezüglich der Finanzen der „Stiftung Stadtgedächtnis“ eine separate Mitteilung zu erstellen und dem Ausschuss Kunst und Kultur in seiner ersten Sitzung im Jahr 2014 vorzulegen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

#### **4.3 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Zukunft des BBK (AN/0860/2013) sowie mündliche Nachfrage von Frau Brunn aus der 6. Sondersitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur am 12.07.2013 2332/2013**

RM von Bülow möchte wissen, ob der Grund für das Scheitern des Mietverhältnisses möglicherweise die lang andauernden Aushandlungen zwischen den beiden Parteien

gewesen sei. Außerdem interessiert sie, wie die Aussage zu Stande gekommen sei, dass der BBK sich nicht in der Lage sehe, sich bei einer Verlängerung des Mietverhältnisses an höheren Mietkosten zu beteiligen.

Frau Brunn fragt nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der künftigen Unterbringung des BBK.

Frau Foerster vom Kulturamt erläutert, dass am 27.02.2013 mit der Kreishandwerkerschaft Einvernehmen über alle Detailfragen erzielt worden sei, nachdem sich aus verschiedenen Gründen die Notwendigkeit des Neuabschluss eines Vertrags ergeben habe. Der BBK habe mit Schreiben vom 15.03.2012 mitgeteilt, dass eine Kostenbeteiligung an der gestiegenen Mietforderung der Kreishandwerkerschaft ausgeschlossen sei. Auf der Grundlage dieser Aussage habe die Kulturverwaltung ihre Überlegung, ein Zentrum für zeitgenössische Kunst zu ermöglichen, vorangetrieben. Da zunächst das Stapelhaus als Ort noch zur Verfügung gestanden habe, ergab sich nach den vergaberechtlichen Grundsätzen der Zwang einer Ausschreibung in Form eines Interessenbekundungsverfahrens. Nach Wegfall des Ortes sei ein entsprechender Ideenwettbewerb ausgeschrieben worden, über dessen Ergebnis die Kulturverwaltung gesondert berichten werde.

Sie berichtet ferner, dass der BBK nicht mehr vorhabe die Ausstellungsräume am Ebertplatz anzumieten, weil man die Räume anderen daran interessierten Künstlern nicht streitig machen wolle. Außerdem unterstreicht sie, dass das Kulturamt dem BBK bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten unter die Arme greife.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

RM Peil übernimmt die Sitzungsleitung.

#### **4.4 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 01.07.2013 betreffend "Einrichtung eines Produktionszentrums für Freies Theater", AN/0810/2013 2835/2013**

Frau Ruiten fragt nach der möglichen Finanzierung des von der Kulturverwaltung favorisierten Produktionszentrums und möchte insbesondere wissen, ob die Einrichtung und der Betrieb nicht aus den bisherigen Fördermitteln der Freien Theaterszene finanziert werden könne. Sie betont, dass ihre Fraktion sich zu diesem Thema eine öffentliche Diskussion wünsche an der auch die Freie Theaterszene beteiligt werde.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach erklärt, dass sie ein Produktionszentrum für den richtigen Weg halte und dies müsse natürlich mit einem ganz anderen finanziellen Fundament verbunden sein.

Frau Deckart vom Kulturamt ergänzt, dass es zu diesem Thema einen Austausch mit der Freien Theaterszene geben werde. Ebenso werde der Ausschuss Kunst und Kultur in den Prozess eingebunden.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**4.5 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke betr. "Neuausrichtung der Bühne der Kulturen als Spiel- und Produktionsstätte für Tanz und Theater"  
2699/2013**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**4.6 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Clouth Künstler"  
2065/2013**

Frau Friedlaender zeigt sich mit der Beantwortung mehr als unzufrieden und fragt, ob die Kulturdezernentin sich nicht für die „Clouth Künstler“ einsetzen und versuchen könne, zwischen „moderne Stadt“ und den Künstlern zu vermitteln.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach sagt zu, dies zu versuchen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**5 Schriftliche Anfragen**

**5.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Konsequenzen aus der Zwischenutzung des Gebäudes Eifelwall durch das Autonome Zentrum für die Neubauplanungen des Historischen Archivs"  
AN/1029/2013**

**Beantwortung der Verwaltung  
3084/2013**

Herr Deutsch hält die Beantwortung des ersten Teils der Anfrage seiner Fraktion für unzureichend und betont, dass man wissen wolle inwiefern wurden Projektsteuerer, Planer und die Archivleitung in das Thema eingebunden. Ihn interessiert insbesondere, ob man bei der Archivleitung eine Meinung erfragt oder lediglich das Ergebnis des Beschlusses mitgeteilt habe. Außerdem fragt er, wann der Einzug in das Gebäude Eifelwall abgeschlossen sei und das Historische Archiv an seinem neuen Standort in Betrieb genommen werde.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach teilt mit, dass in dieser Angelegenheit eine verwaltungseinheitliche Meinung hergestellt worden sei.

Die Leiterin des Historischen Archivs erläutert, dass das Gebäude dem Historischen Archiv Ende 2018 übergeben werde und danach könne der Umzug stattfinden, für den sie insgesamt etwa ein Jahr einkalkuliere.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

## **5.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Hintergründe der ungeplanten Vollschießung des Museum Ludwig" AN/1031/2013**

Museumsdirektor Dr. Kaiser berichtet, dass man sich unter den gegebenen Umständen gemeinsam mit dem Kulturdezernat und dem Baudezernat dazu entschlossen habe, das Museum vorübergehend zu schließen.

Herr Dr. Wackerhagen möchte wissen, ob es bezüglich der Abrissarbeiten der Tunneldecke an der Trankgasse keine vorherige Absprache mit dem Museum gegeben habe. Er unterstreicht, dass sich die Frage weniger an den Museumsdirektor richte, sondern an das Baudezernat. In diesem Zusammenhang bittet er um vollständige Aufklärung.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach macht darauf aufmerksam, dass durch die Bauverwaltung ein Beweissicherungsverfahren stattgefunden habe. Im Übrigen sagt sie zu, dass die vorliegende Anfrage ausführlich und schriftlich beantwortet werde.

## **6 Schriftliche Anträge**

## **7 Allgemeine Vorlagen**

### **7.1 Mehrstellen Historisches Archiv 2798/2013**

RM von Bülow schlägt vor, die Angelegenheit ohne Votum in den zuständigen Fachausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen weiterzuleiten. Sie fragt jedoch, warum man die Mehrstellen zum jetzigen Zeitpunkt anmelde, obwohl der Stellenplan im April verabschiedet worden sei. Außerdem möchte sie wissen, ob die Stellen innerhalb des Teilplans berücksichtigt worden seien.

RM Dr. Elster spricht sich dafür aus, die verfristete Beschlussvorlage erst in der nächsten Sitzung und der dazugehörigen Beratungsfolge zu behandeln. Er bittet die Verwaltung diesbezüglich um eine Einschätzung inwieweit dies möglich sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bemängelt, dass eine Beschlussvorlage die eine Kostenbelastung in dieser Höhe beinhalte dem Ausschuss als Tischvorlage vorgelegt werde. Sie spricht sich dennoch dafür aus, die Sache ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia erläutert, dass die in der Vorlage näher beschriebenen Stellen zum 01.01.2014 zu besetzen seien. Deshalb sei eine Entscheidung in der kommenden Ratssitzung dringend notwendig. Zudem würden bei einer Nichtbesetzung die Arbeiten in den Asylarchiven zum Erliegen kommen und dementsprechend würden die sich anschließenden Prozesse im RDZ verzögern.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister fragt nach der Finanzierung.

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia erklärt hierzu, dass die Finanzierung durch die Rückstellung „Restaurierung“ erfolgen könne.

Herr Deutsch erkundigt sich nach den Räumfristen in den Asylarchiven und deren allgemeine Entwicklung.

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia weist darauf hin, dass momentan eine Eilvergabe verfasst werde, weil beispielsweise im Landesarchiv in Müns-

ter 102 Paletten mit Archivgut bis zum 7. Oktober 2013 zu räumen seien. Bis spätestens Ende 2016 sind alle derzeit noch kostenlos genutzten Asylarchive zu räumen. In der Zwischenzeit bis zum vollständigen Bezug des Neubaus (frühestens 2019) müssen zwangsläufig neue, dann kostenpflichtige provisorische Magazine angemietet werden, in denen Beschäftigte des Historischen Archivs weiterhin Erfassungsarbeiten durchführen. Diese Arbeiten müssen bis spätestens Ende 2018 abgeschlossen sein, damit die sukzessive Rückführung nach Köln in den Neubau erfolgen kann. Zurzeit verhandele man diesbezüglich mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes NRW über eine solche Zwischenlösung im jetzigen Standort des Landesarchivs in Düsseldorf nach dessen Umzug im Jahre 2014 an den neuen Standort in Duisburg.

RM Dr. Elster teilt mit, dass seine Fraktion nach den Erläuterungen der Verwaltung bereit sei, die Sache ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur verweist die Angelegenheit ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **7.2 Fortführung "Win-Win für Köln" mit Verlängerung von 2 befristeten Stellen und Baubeschluss für die Sanierung des Rheinparkcafés 2843/2013**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister spricht sich dafür aus, das Projekt zu unterstützen.

RM Dr. Elster plädiert dafür, die verfristete Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Er bittet jedoch die Verwaltung, den Inhalt der Beschlussvorlage zu erläutern.

Herr Dr. Heinemann begrüßt das Projekt ebenfalls und hofft auf einen entsprechenden Ratsbeschluss.

RM Zimmermann schließt sich dem an und fragt, warum der damalige erste Anlauf zur Sanierung des Parkcafés nicht umgesetzt worden sei.

RM Peil hält es für sinnvoll, sich über die spätere Nutzung Gedanken zu machen. Er weist in diesem Zusammenhang auf ein Interessenbekundungsverfahren hin und fragt, ob der Inhalt des Schreibens vom 20.06.2012 des Rechnungsprüfungsprüfungsamtes inhaltlich weiterhin Gültigkeit besitze. Er bezieht sich hierbei insbesondere auf die Aussage, dass die Nutzung des Gebäudes mit potentiellen Nutzern abgestimmt sei.

Der stellvertretende Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung – Arbeitsmarktförderung Bahmanyar weist zunächst auf die sichere Finanzierung des Projektes hin. Er erklärt weiter, dass die Zuständigkeit des Parkcafés im Jahre 2008 vom Liegenschaftsamt an das Amt für Wirtschaftsförderung übertragen worden sei. Danach habe der Rat das Amt für Wirtschaftsförderung beauftragt, das Programm „Win-Win für Köln“ umzusetzen und in dessen Rahmen das Parkcafé zu sanieren. Allerdings sei dies aus Sicht der Kämmerei damals nicht finanzierbar gewesen. Deshalb werde man gemeinsam mit dem Vergabeamt ein Interessenbekundungsverfahren in die Wege leiten. Er macht auf entsprechende Pläne aufmerksam, die zeigen wie das Parkcafé künftig von innen aussehen werde. Von außen gebe es wegen des Denkmalschutzes keinerlei Veränderung.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach schlägt vor, die entsprechenden Pläne der Niederschrift als **Anlagen** hinzuzufügen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur verweist die Angelegenheit ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**7.3 Haushaltsplan 2013/2014**

**hier: Festlegung der Zweckbestimmung von 40.000 € für interkulturelle Kunstprojekte; Hj 2013  
2791/2013**

RM von Bülow weist auf den Haushaltsbeschluss vom 30.04.13 hin und dass es einen Veränderungsnachweis gegeben habe in dem das Kulturamt Sparvorschläge zur Interkultur gemacht habe. Im Haushaltsbegleitbeschluss sei jedoch beschlossen worden die Mittel wieder aufzustocken und deshalb liege dem Ausschuss diese Beschlussvorlage vor. Sie kritisiert jedoch, dass die Unterlage erst unmittelbar vor der Sitzung verteilt worden sei und deshalb nicht fach- und sachgerecht geprüft werden könne. Sie bittet die Verwaltung um einen Vorschlag, wie man nun mit der Sache umgehen solle. Als Alternative zieht sie eine Dringlichkeitsentscheidung in Betracht.

Frau Deckart vom Kulturamt macht darauf aufmerksam, dass der beschlossene Haushalt noch nicht rechtskräftig sei. Deshalb stelle die Nichtzurverfügungstellung der Mittel in zeitnahen Abläufen ein Problem dar. Sie teilt mit, dass die Zweckbestimmung der Förderung für die in der Vorlage aufgeführten interkulturellen Kunstprojekte nach den üblichen Kriterien vom Kulturamt vergeben worden seien. Dies seien unter anderem qualitative Gesichtspunkte und die Vielfalt der Sparten. Sie bittet den Ausschuss der Beschlussvorlage zuzustimmen, weil man sonst die Mittel in diesem Jahr nicht mehr verausgaben könne und die Projekte dann nicht mehr realisierbar seien.

Herr Deutsch möchte wissen, wie die Auswahl der Projekte zu Stande gekommen sei und welche Kriterien es dafür gegeben habe.

Frau Brunn hält es für sinnvoll, die Angelegenheit im Interesse der Interkulturellen Kunstprojekte so schnell wie möglich auf den Weg zu bringen.

RM Dr. Elster weist darauf hin, dass die verfristete vorgelegte Beschlussvorlage den Fraktionen bisher noch nicht vorgelegen habe und schlägt vor, nach den Erläuterungen der Verwaltung die Beschlussvorlage ohne Votum in den Finanzausschuss zu schieben.

Herr Dr. Gellner zeigt auf, dass fast alle in der Vorlage aufgeführten Gruppen aus früheren Projekten bekannt seien. Deshalb plädiert er dafür, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Frau Deckart vom Kulturamt erklärt, dass man zunächst über ein großes zusammenhängendes Projekt nachgedacht habe. Danach habe man sich mit einer Person beraten, die in der Interkulturellen Szene stark involviert sei und beispielsweise bei der Aufstellung des Förderkonzeptes beteiligt gewesen sei. Anschließend seien Kriterien für die Projektideen formuliert worden. Bezüglich des Ergebnisses der Auswahl verweist sie auf die Aussage von Herrn Dr. Gellner.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedauert, dass es in der Sache kein Fachvotum durch den Ausschuss Kunst und Kultur gebe und spricht sich ebenfalls dafür aus, die Beschlussvorlage ohne Votum in den Finanzausschuss zu verweisen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur verweist die Angelegenheit ohne Votum in den Finanzausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**8 Sonderausstellungen**

**8.1 Genehmigung der fortgeschriebenen Mittelverwendung für Sonderausstellungen im Museum Ludwig aufgrund Planfortschreibungen über 10 %  
2017/2013**

Herr Sörries fragt bezüglich der Sonderausstellung von Kathryn Andrews und deren Kosten für die Architektur/Installation, ob man mit Künstlern keine Verträge mache, die hierfür nach oben hin gedeckelt seien. Außerdem interessiert ihn, ob die Museumsstiftung so viel nicht zweckgebundene Mittel eingenommen habe, um die Sonderausstellung mit 65.500 EUR zu bezuschussen.

Museumsdirektor Dr. Kaiser führt aus, dass der Sonderausstellungsetat, den das Museum Ludwig von der Stadt Köln bekomme, bei 255.000 EUR liege. Davon fließe 200.000 EUR für die Bewachung ab. Die Kunststiftung sei ein Instrument, um Projekte die Sammlungsspezifisch seien finanziell auszugleichen und zu korrigieren. Bezüglich der Kosten für die Architektur/Installation berichtet er, dass für die Sonderausstellung von Kathryn Andrews eine gigantische Wand gebaut werden musste. Zunächst sei hierfür eine Erstellung in Eigenleistung des Museums geplant gewesen. Dies war jedoch aus logistischen Gründen nicht möglich, sodass ein externer Auftrag vergeben werden musste, welcher die angegebenen Mehrkosten verursacht habe.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt die Verwendung der Mittel für die in der Beschlussbegründung aufgeführten Ausstellungsprojekte gemäß der fortgeschriebenen Planung unter dem Vorbehalt, dass Maßnahmen, bei denen Kostensteigerungen oder Abweichungen bei der Refinanzierung der einzelnen Ausstellungen von mehr als 10 %, mindestens jedoch 10.000 € auftreten, zur erneuten Entscheidung vorgelegt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**8.2 Sonderausstellung "Oscar Tuazon" vom 22. Februar 2014 bis 06. Juli 2014 im Museum Ludwig  
2804/2013**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister erkundigt sich nach den allgemein geplanten Sonderausstellungen für das kommende Jahr und fragt, wann dem Ausschuss Kunst und Kultur eine entsprechende Übersicht vorgelegt werde.

Museumsreferent Troost kündigt dies für Ende des Jahres an.

Herr Knieps fragt, ob der dazugehörige Katalog grundsätzlich ein Teil der Kosten einer Sonderausstellung sei.

Museumsdirektor Dr. Kaiser teilt mit, dass es sich bei den Katalogen um eine Art von Öffentlichkeitsarbeit handele und dieser beispielsweise auch zur Forschungsarbeit eines Museums gehöre. Er fügt hinzu, dass es nicht zu jeder Sonderausstellung einen Katalog gebe.

RM Zimmermann möchte wissen, warum für die ziemlich aufwendige Sonderausstellung „Oscar Tuazon“ die Versicherungs- und Transportkosten relativ gering eingeschätzt worden sei.

Museumsdirektor Dr. Kaiser erklärt, dass das Werk vor Ort entstehe und deshalb keine Transportkosten anfallen. Grundsätzlich gelte jedoch, dass für eine Sonderausstellung die Versicherungs- und Transportkosten der Hauptkostenfaktor seien.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt, die Sonderausstellung „Oscar Tuazon“ in der Zeit vom 22. Februar 2014 bis 06. Juli 2014 im Museum Ludwig auszurichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**8.3 Sonderausstellung "Pierre Huyghe Retrospektive" vom 11. April bis 13. Juli 2014 im Museum Ludwig  
2865/2013**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt, die Sonderausstellung „Pierre Huyghe Retrospektive“ in der Zeit vom 11. April 2014 bis 13. Juli 2014 im Museum Ludwig auszurichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **9 Annahme von Schenkungen**

### **9.1 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Spende in Höhe von 26.000,00 € zur Verwendung für den "Langen Donnerstag" in 2014 im Museum Ludwig 2749/2013**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat nimmt die Spende in Höhe von 26.000,00 Euro zur Verwendung für den „Langen Donnerstag“ von der Stiftung Kunst, Kultur und Soziales der Sparda-Bank West an das Museum Ludwig mit Dank an.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

## **11 Mitteilungen der Verwaltung**

### **11.1 Bewachung der archäologischen Grabung auf dem Rathausplatz 2225/2013**

RM Dr. Elster fragt, wie die Reduzierung von ursprünglich rd. 6800 auf 5500 Bewachungsstunden zu Stande gekommen sei.

Der Verwaltungsleiter der Archäologischen Zone Jacobs erläutert, dass noch einmal genau errechnet worden sei, wann und wo man wie viele Wachleute benötige. Die genauen Zahlen hierzu habe er momentan nicht präsent, könne sie jedoch bei Bedarf und Interesse nachreichen. Er fügt hinzu, dass man mit dem neuen Bewachungsunternehmen bisher gute Erfahrungen gemacht habe. Zudem weist er auf die neuen Tarifverträge im Bewachungsgewerbe hin, wodurch die Preise für die Wachdienste entsprechend gestiegen seien.

RM Dr. Elster führt aus, dass die Reduzierung der Kosten deutlich größer als die der Anzahl der Bewachungsstunden sei, wenn man die jeweiligen alten und neuen Zahlen in Beziehung setze und vergleiche. Er bittet die Verwaltung, dies zu erläutern.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hält es in diesem Zusammenhang für notwendig, dem Ausschuss Kunst und Kultur die entsprechenden Zahlen zur Verfügung zu stellen.

Beigeordnete Laugwitz Aulbach sagt zu, dass die Informationen der Niederschrift als **Anlage** beigefügt werden.

RM Zimmermann interessiert es, ob der Bedarf der Bewachung weiterhin vorhanden sei und ob es weitere Vorkommnisse gegeben habe, bei denen die Wachleute einschreiten mussten. Außerdem möchte er wissen, ob die Bewachung auf Großereignisse beschränkt werden könne.

Der persönliche Referent der Beigeordneten Conrads geht davon aus, dass durch die Einführung einer Bewachung die Beschädigungen zurückgegangen seien. Er befürchtet, dass bei einer Reduzierung der Bewachung wieder Schäden entstehen könnten.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**11.2 Temporäre Reduzierung des Eintritts aufgrund Umbauarbeiten im Museum Ludwig  
2408/2013**

Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen.

**11.3 Kooperation der Universität zu Köln mit der Kölner Museumsbibliothek  
2952/2013**

RM Peil hält die Kooperation für einen ersten Schritt in die richtige Richtung und bedauert, dass der Anteil an der Finanzierung durch die Universität nicht das abdecke, was die wissenschaftliche Nutzung durch Universitätsangehörige angehe. Er hofft, dass im Hinblick auf Forschungsförderung durch Drittmittelakquise mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Er bittet darum, den Ausschuss im Rahmen einer Mitteilung über die Weiterentwicklung in Kenntnis zu setzen.

RM Dr. Elster widerspricht den Aussagen seines Vorredners und fügt hinzu, dass die dargestellten Umstände erst durch den Ratsbeschluss, die KMB nicht am Eifelwall zu platzieren, zu Stande gekommen sei.

Frau Brunn begrüßt die Vereinbarung zwischen der Universität und der Kölner Museumsbibliothek und spricht sich für eine zügige Umsetzung der Kooperation aus.

RM Peil weist die Vorwürfe von RM Dr. Elster zurück.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister zeigt auf, dass die Debatte über die Unterbringung der KMB bereits in der letzten Ratssitzung geführt worden sei und beendet die Diskussion.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**11.4 Befristeter Auszug der Stadteilbibliothek Haus Balchem  
2888/2013**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**11.5 Interkulturelles Maßnahmenprogramm (4241/2012) - weiteres Verfahren  
2907/2013**

RM von Bülow begrüßt die Mitteilung und zeigt sich zufrieden mit dem weiteren Verfahren in der Angelegenheit.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **11.6 Schließung des Museums Ludwig ab 03.09.2013 bis 09.10.2013 3021/2013**

Herr Deutsch ist irritiert über die dargestellte Vorgehensweise des Museums, zunächst vom 30. August 2013 bis 01. September 2013 eingeschränkt zu öffnen und danach die Institution bis zum 10. Oktober gänzlich zu schließen. Dies sei seines Wissens eigentlich anders geplant gewesen und deshalb möchte er wissen, wieso es plötzlich zu einer Änderung in der Sache gekommen sei.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach sagt zu, dies mit der Bauverwaltung zu besprechen und danach dezidiert zu beantworten.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **12 Mündliche Anfragen**

### **12.1 Archäologische Zone**

RM Henseler vermisst eine Ratsvorlage zur Besetzung des Gremiums „Lenkungskreis Politische Vertretung“ zur Kooperation der Stadt Köln und des LVR bei Errichtung und Betrieb der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum und fragt, wann diese nun vorgelegt werde. Er möchte wissen, worauf die Verzögerung zurückzuführen sei und ob der Vertrag mit dem Landschaftsverband Rheinland inzwischen unterzeichnet sei.

Herr Lohaus vom Planungsreferat für Kulturbauten erläutert, dass die angesprochene Vorlage noch nicht schlussgezeichnet und für diese Sitzung verfristet sei. Sie werde nun zur nächsten Sitzung mit dem entsprechenden Beratungsgang vorgelegt, so dass die politischen Parteien ausreichend Zeit haben, sich über die Zusammensetzung des Gremiums zu verständigen. Er berichtet weiter, dass seitens des LVR der Vertrag unterzeichnet worden sei und liege nun dem Oberbürgermeister zur Unterschrift vor.

### **12.2 Akademie der Künste**

RM Henseler erkundigt sich nach der Beantwortung seiner mündlichen Anfragen zum Thema „Akademie der Künste“ aus den letzten beiden Ausschusssitzungen.

Herr Lohaus weist darauf hin, dass die Beteiligungsverwaltung eine schriftliche Beantwortung zur nächsten Sitzung angekündigt habe.

### **12.3 Theaterförderkonzept**

RM von Bülow erkundigt sich nach dem Sachstand des Theaterförderkonzeptes, welches nach ihrem Wissen zur Ausschreibung der nächsten Förderperiode überarbeitet werden solle.

Frau Deckart vom Kulturamt berichtet, dass noch zu klären sei, ob perspektivisch gesehen, die Stadt Köln ein Produktionszentrum für die Freie Szene befürworte oder nicht. Wenn dies geklärt sei, könne das Theaterförderkonzept formuliert und beschlossen werden. Sie weist darauf hin, dass die Regularien zur Ausschreibung der Konzeptionsförderung unverändert in die Überarbeitung des Theaterförderkonzeptes übernommen werden sollen. Deshalb entstehe aus ihrer Sicht für die zum Jahresende erfolgende Ausschreibung der Konzeptionsförderung keine rechtliche Unsicherheit.

## **12.4 Kunstförderkonzept**

RM von Bülow möchte wissen in welcher Phase der Umsetzung sich das Kunstförderkonzept befinde und zu welchem Abschnitt gehöre das Zentrum für Zeitgenössische Kunst. Außerdem fragt sie, warum der Beirat erst jetzt ausgeschrieben werde, obwohl der Beschluss hierzu bereits im Dezember 2012 gefasst worden sei.

Frau Foerster vom Kulturamt erinnert daran, dass sich das Förderkonzept Bildende Kunst in drei Phasen unterteile. Phase 2, in dem auch die Aufgabenstellung des Beirats erläutert werde, geht von der zwingenden Notwendigkeit einer Mittelaufstockung aus. Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation sei dies bisher nicht erfolgt, so dass sich die Notwendigkeit der Beiratsbildung bisher nicht stellte. Sie führt weiter aus, dass im Juni 2013 die geplante Neuanmietung der Räume im Stapelhaus widererwartend gescheitert sei. Dadurch habe sich jedoch erstmals die Möglichkeit ergeben, nach dem beschlossenen Förderkonzept einen Strukturzuschuss bereitzustellen. Für dieses Förderinstrument sei ein Beiratsvotum erforderlich, so dass die Verwaltung die Bewerbungen des ausgeschriebenen Ideenwettbewerbs für ein „Zentrum für zeitgenössische Kunst“ einem Beirat vorlegen müsse. Angesichts der Zeitknappheit habe man parallel zum Ideenwettbewerb das im Förderkonzept vorgeschriebene Verfahren für eine Kandidatenauswahl eingeleitet. Eine entsprechende Beschlussvorlage bezüglich der Zusammensetzung des Beirats werde man dem Ausschuss Kunst und Kultur in der nächsten Sitzung zur Entscheidung vorlegen. Unabhängig hiervon werde man Experten bitten, bereits im Vorfeld die Verwaltung bei der Auswahl eines Trägers für das „Zentrum für zeitgenössische Kunst“ zu unterstützen, um eine möglichst große Transparenz bei der Entscheidungsfindung zu gewährleisten.

## **12.5 BBK**

Herr Knieps möchte wissen ob es richtig sei, dass die Stadt Köln bereits im November 2011 über eine mögliche Verlängerung des Mietverhältnisses informiert worden sei. Er fragt weiter ob es stimme, dass nach anderthalb Jahren Verhandlung und Vorlage eines unterschriftsreifen Vertrages eine Nachverhandlung seitens der Stadt Köln gewünscht worden sei. Außerdem interessiert ihn, ob die Stadt Köln der KKH im Juni tatsächlich schriftlich mitgeteilt habe, dass vor dem 01.01.2014 der Vertrag nicht unterschrieben werden könne, obwohl der Vertrag am 31.12.2013 auslaufe. Er bittet darum, den genauen Sachstand in der gesamten Angelegenheit zu erläutern.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

## **12.6 Stiftung Stadtgedächtnis**

RM Zimmermann möchte erfahren, wie viel die Stadt Köln an Anschubfinanzierung für Personal- und Sachmittel in die „Stiftung Stadtgedächtnis“ gegeben habe und welcher Ertrag für die Restaurierung der Archivalien an die Stadt Köln zurückgeflossen sei. Er bittet darum, dies in der angekündigten Mitteilung erkennbar darzustellen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister unterstützt diese Anregung.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach sagt zu, das Anliegen entsprechend weiterzuleiten.

## **12.7 Kunst in den neuen U-Bahnhaltestellen der Nord-Süd Stadtbahn**

Herr Dr. Heinemann weist auf den stattgefundenen Wettbewerb und das Preisgericht bezüglich der Kunst in den neuen U-Bahnhaltestellen der Nord-Süd-Stadtbahn hin. Er

erkundigt sich nach der Realisierung der künstlerischen Gestaltung und schlägt vor, dass ein Vertreter der KVB in der nächsten Sitzung hierüber berichtet.

### **12.8 Rautenstrauch-Joest Museum**

Frau Friedlaender erkundigt sich nach dem Umzug der am Ubierring lagernden Sammlungsobjekte des Rautenstrauch-Joest Museums. Sie weist in diesem Zusammenhang auf die extern vergebene Vorbereitung der Ausschreibung hin und möchte wissen, wann die Angelegenheit nun endlich ausgeschrieben werde.

Museumsreferent Troost bestätigt, dass die Ausschreibung noch nicht veröffentlicht worden sei. Dies hänge unter anderem mit Personalproblemen beim Vergabeamt zusammen und deshalb könne er keinen genauen Termin für die Ausschreibung nennen.

Herr Dr. Wackerhagen regt an, dass die Verwaltung anhand einer Mitteilung den aktuellen Sachstand zur nächsten Sitzung vorlegt.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach verweist auf die Ausführungen von Herrn Troost macht darauf aufmerksam, dass man lediglich einen neuen Sachstand mitteilen könne, wenn es in der Sache voran gehe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, den Ausschuss Kunst und Kultur zur ersten Sitzung im nächsten Jahr ausführlich über den Sachstand zu informieren.

### **12.9 Fuhrwerkswaage**

Frau van Duiven berichtet, dass die HGK AG nach 25 Jahren die Mietvertragsbedingungen mit „Fuhrwerkswaage Kunstraum e.V.“ in Frage stelle. Sie bittet darum, zur nächsten Sitzung einen Sachstand zu dem Thema vorzulegen. Im Übrigen hofft sie auf die Unterstützung der Kulturverwaltung und dass es hier zu einer Einigung komme.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt die Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister  
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag  
(Schriftführer)

gez. Stefan Peil  
(stellv. Vorsitzender)  
TOP 4.4 bis TOP 5.1